

Aachen, den 31.08.2012

Wer ist hier sozialschwach? - Ausgrenzung der Kinder aus „Hartz IV“-Familien amtlich

„Das bestehende System eines Vorrangs von Unterhaltsvorschussleistungen und Wohngeld vor den Leistungen der Grundsicherung sei „intransparent und ineffizient“. Das schreibt der Bundesrechnungshof in einer Unterrichtung ([17/10322](#)). Er sieht es „als wenig systemgerecht an“, wenn der Bund seine Ausgaben für die Grundsicherung der leistungsberechtigten Kinder nahezu vollständig zurück hält, „während er auf der anderen Seite die Ausgaben für Unterhaltsvorschuss und Wohngeld in Höhe von 252 Millionen Euro zu leisten hat.“ Die zuständige Bundesministerin wolle an dem bestehenden System festhalten, „obwohl es Leistungsträger und Leistungsberechtigte belastet“, heißt es weiter.

Es reicht vorne und hinten nicht. Für Kinder aus „Hartz IV-Familien“ ist der Mitgliedsbeitrag im Sportverein zu hoch, Musikunterricht reiner Luxus, Nachhilfestunden zu teuer. Steht ein Schulausflug an, wird so manches Kind plötzlich krank. Hänkeln und Mobben ist Alltagserfahrung der betroffenen Kinder. Hartz IV hat die Kinder ins Abseits gedrängt.

Armut steht für wenig Geld, zugleich für persönliche Demütigung und eingeschränkte Möglichkeiten am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. In keinem westdeutschen Flächenland ist laut Ergebnissen der Sozialberichterstattung die Armutsgefährdung größer als in NRW. Leistungsschwäche, Beeinträchtigungen bei Sprache, Sehvermögen sowie Psyche, Übergewicht, Asthma, Allergien, Ekzeme und verletzungsbedingte Todesfälle sind bei Kindern aus Armutsfamilien am häufigsten. Inklusion für Kinder aus „Hartz IV-Familien?“ Fehlanzeige!

Kinder können sich ihre Herkunft nicht aussuchen. Völlig absurd ist es, so zu tun, als wäre Kinderarmut isoliert zu sehen und sei aus der Familienarmut herauszulösen.

„Sozial schwach“ sind nicht die armutsbetroffenen Familien, sondern eine Regierung, die zu verantworten hat, dass jedes vierte Kind hierzulande in der Regel in bedrückender wirtschaftlicher, sozialer und städtebaulicher Problemlage aufwächst - Ein Armutszeugnis für die Regierungsparteien. Das sog. Bildungs- und Teilhabepaket ist nachweislich als Lösung ungeeignet. Es ist viel zu kompliziert und bürokratisch.

DIE LINKE fordert für die Städteregion, dass mit den im Vorjahr nicht ausgeschöpften 3,7 Millionen Euro aus dem sog. Bildungs- und Teilhabepaket Kinder aus „Hartz IV-Familien“ direkt gefördert werden.

Harald Siepman